

Antrag Nr.



Fraktion im Rat der Stadt Essen

An
Oberbürgermeister Thomas Kufen

Kopstadtplatz 13,
45127 Essen
Telefon (02 01) 24 76 41 3
Fax (02 01) 24 76 41 9
E-Mail info@gruene-fraktion-essen.de

25.09.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeiten
Rat der Stadt Essen	27.09.2017	Entscheidung

TOP 24: Fonds „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ zur Verbesserung der Luftqualität in Essen nutzen

Sehr geehrter Herr Kufen,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, der Rat der Stadt Essen beschließt:

die Stadtverwaltung wird aufgefordert, zeitnah einen „green-city-Plan“ (Masterplan) zu erarbeiten, der es der Stadt Essen ermöglicht, möglichst viele Fördermittel aus dem Fonds „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ der Bundesregierung zur Verringerung der Stickoxid-Belastung zu bekommen. Dabei sollen insbesondere für folgende Bereiche Mittel aus diesem Fonds beantragt werden:

- **Anschaffung von Elektrobussen im öffentlichen Personen-Nahverkehr,**
- **Anschaffung von städtischen Elektro-Fahrzeugen bzw. E-Bikes,**
- **Ausbau der öffentlichen und privaten Ladeinfrastruktur,**
- **Förderung des Radverkehrs.**

Begründung:

Beim Nationalen Forum Diesel am 2. August 2017 (sogenannter 1. Dieselgipfel) auf Einladung der Bundesregierung haben sich der Bund, die teilnehmenden Länder und Vertreter der Automobilindustrie auf Maßnahmen zur Reduzierung der Stickoxidbelastung durch Dieselfahrzeuge verständigt. Unter anderem wurde die Einrichtung eines Fonds „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ zur Unterstützung der Kommunen bei der längerfristigen Gestaltung nachhaltiger und emissionsfreier Mobilität beschlossen. Der sogenannte 2. Dieselgipfel am 4. September 2017 hatte zum Ergebnis, diesen Fonds auf 1 Milliarde Euro aufzustocken sowie bestehende Förderprogramme zur Luftreinhaltung und nachhaltigen Mobilität auszuweiten. Damit will der Bund sehr kurzfristig Maßnahmen fördern, mit denen die Luftverschmutzung in Städten reduziert werden kann.

Gemäß der Erklärung des 1. Dieselgipfels sollten die von besonders hohen NO₂-Belastungen betroffenen Kommunen einen individuellen Masterplan („green-city-Plan“) entwickeln und umsetzen. Der genaue Förderrahmen für die diese „Green-City-Masterpläne“ wird aktuell vom Bundesverkehrsministerium erarbeitet.

Mit freundlichen Grüßen

Hiltrud Schmutzler-Jäger